

Land verschärft die Regeln

Corona | Vielerorts soll bald 2G-plus gelten / Impfpflicht-Debatte nimmt Fahrt auf

Mancherorts im Südwesten müssen sich die Baden-Württemberger bereits ab Mittwoch auf härtere Regeln gefasst machen. Eine bundesweite Impfpflicht wird derweil breit diskutiert. Ein Beschluss ist aber nicht in Sicht.

■ Von Henning Otte

Stuttgart/Berlin. Das Land Baden-Württemberg will wegen der stark steigenden Corona-Zahlen schon von Mittwoch an vielerorts 2G-plus und in Hotspots ab einem bestimmten Grenzwert Ausgangsbeschränkungen möglich machen. Die neue Corona-Verordnung mit der Alarmstufe II solle schon an diesem Dienstag verkündet werden und ab Mittwoch gelten, teilte das Sozialministerium am Montag in Stuttgart mit. »Darin wird auch das Thema Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte in Landkreisen mit sehr hohen Inzidenzen (über 500) und gleichzeitiger hoher landesweiter Auslastung der Intensivkapazitäten geregelt sein«, sagt eine Sprecherin.

Seit Montag gelten nächtliche Ausgangssperren bereits in den Landkreisen Schwarzwald-Baar, Ostalb und Biberach. Für weitere Kreise, die am Montag bereits Inzidenzen von über 600 verzeichneten, gelten laut Ministerium erst mit Inkrafttreten der neuen Verordnung ebenfalls Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte zwischen 21 und 5 Uhr. Nach aktuellem Stand zählen dazu landesweit bereits mehr als 20 Stadt- und Landkreise, etwa Rottweil, Pforzheim oder Tuttlingen.

Die neue Alarmstufe soll dem Vernehmen nach greifen, wenn die Zahl der Covid-19-Patienten auf Intensivstationen auf über 450 steigt und die sogenannte Hospitalisierungsinzidenz bei 6 liegt. Werden die Werte überschritten, gilt etwa bei Veranstaltungen, auf Weihnachtsmärkten und in Bars und Clubs 2G-plus – das heißt, es haben nur Geimpfte und Genesene Zutritt, die zusätzlich einen negativen Test vorweisen können.

Derweil schlägt die Strategie des Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU), die Bestellmengen für den Biontech-Impfstoff zu begrenzen, noch immer hohe Wellen. So wirft

CSU-Chef Markus Söder Spahn hier eine »desaströse Kommunikation« vor. Spahn hingegen will die Bevölkerung beruhigen: Den Menschen in Deutschland steht



» **Wahrscheinlich wird am Ende dieses Winters so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben sein.**«

Jens Spahn (CDU),
geschäftsführender
Bundesgesundheitsminister

nach seiner Einschätzung genug Impfstoff für alle Auffrisch-, Erst- und Zweitimpfungen in diesem Jahr zur Verfügung. Das Unternehmen Biontech will ihmzufolge in der kommenden Woche eine Million zusätzliche Corona-Impfdosen ausliefern.

Angesichts der dramatischen Lage gewinnt die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht weiter an Fahrt. Man müsse anfangen, darüber nachzudenken, forderte der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (Donauschingen) kann sich eine allgemeine Impfpflicht »ehrlicherweise nicht vorstellen«. Sie sei in seinen Augen nicht verhältnismäßig und damit auch »verfassungswidrig«. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann dagegen spricht sich klar dafür aus. In einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieb der Grünen-Politiker gemeinsam mit Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU): »Eine Impfpflicht ist kein Verstoß gegen die Freiheitsrechte. Vielmehr ist sie die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Freiheit zurückgewinnen.«

Die noch federführende Bundesregierung hat klargestellt, dass sie hierzu keine Entscheidung mehr fällen wird.

- **Leitartikel**
- **Hintergrund**
- **Baden-Württemberg**
- **Wirtschaft**